Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 650
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Musestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung geltende Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

99 — Mittwoch, den 29. April — 1925

Kein Rücktritt des Reichskabinetts

Die Aussprache des Reichskanzlers mit Hindenburg ergibt Uebereinstimmung. – Das Reichskabinett beschließt im Amte zu bleiben.

Die Krisengefahr beseitigt

Der Reichskanzler Dr. Luther, der gestern bei Hindenburg in Groß-Schwülper gewesen ist, ist nachmittags von dort zurückgekehrt. Er hat in den Mittagsstunden eine Unterredung mit dem Feldmarschall gehabt, über die offiziell mitgeteilt wird, daß der Kanzler mit dem Präsidenten die mit der Amtsübernahme zusammenhängenden Fragen besprochen hat und daß in einem ersten politischen Meinungsaustausch volle Uebereinstimmung zwischen beiden erzielt worden ist.

In den Abendstunden fand dann eine Kabinettsbesprechung in Berlin statt, in der der Kanzler über seinen Besuch beim Feldmarschall berichtete. Ferner wurde die politische Lage erörtert. An der Sitzung nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister teil, bis auf Minister Dr. Stresemann, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, dem Kabinettsbeschluß jedoch nachträglich beitrat. Es wurde Uebereinstimmung darüber festgestellt, daß das Kabinett aus Anlaß der Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zurücktreten werde, da ein verfassungsrechtlicher Grund hierfür nicht vorliege.

Wie die Frauen gewählt haben

In Spandau wählten Männer und Frauen in getrennten Lokalen. Das Spandauer Ergebnis ist deshalb von besonderem Interesse. In den nach Geschlechtern getrennten Bezirken entfielen von 100 gültigen Stimmen auf

	26. 4. 25		29. 3. 25	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Hindenburg	36,7	40,1	32,8	37,2
Marx	54,2	54,1	56,0	56,0
Thälmann	9,1	5,8	11,2	6,8
	100,0	100,0	100,0	100,0

Vielfach besteht der Eindruck, daß bei der Wahl Hindenburgs, die durch Gefühlsmomente zweifellos beeinflußt war, der Einfluß der Frauen besonders stark mitgewirkt hat. Das Spandauer Wahlergebnis, dem für sich allein natürlich keine ausschlaggebende Bedeutung beizumessen ist, bestätigt diese Annahme nicht. An den Stimmen für Marx sind die Frauen ganz gleichmäßig, an den Stimmen für Hindenburg stärker, an denen für Thälmann viel schwächer beteiligt. Das entspricht allen früheren Stichproben, die eine stärkere Beteiligung der Frauen bei den Rechtsparteien, eine etwa gleiche oder etwas schwächere bei den republikanischen Parteien (außer Zentrum) und eine viel schwächere bei den Kommunisten ergab. Das Zentrum, das bisher immer den stärksten Prozentsatz an Stimmen auswies, kommt für Spandau nicht in Betracht. Interessant ist nun, daß, während am 29. März für den Rechtsblock 4,4 Prozent mehr Frauen als Männer gestimmt haben, diese Differenz am 26. April auf 3,4 Prozent zurückgegangen, Hindenburg also mehr Männerköpfe als Frauenherzen gewonnen hat. Es wäre interessant dieses einzelne Wahlergebnis mit weiteren Resultaten aus anderen Teilen des Reiches vergleichen zu können.

Heftige Vorwürfe der S.P.D. gegen die Kommunisten

Während des Wahlkampfes haben sich die beiden linksradikalen Parteien aufs heftigste bekämpft. Von sozialdemokratischer Seite wird dieser Kampf auch nach der Wahl fortgesetzt; denn in dem Aufruf des Parteivorstandes der S. P. D., der zur Wahl Hindenburgs Stellung nimmt, heißt es:

„Wenn Hindenburg gewählt wurde, so ist daran allein die Kommunistische Partei Deutschlands schuld, die auch in diesem Falle der Reaktion zu einem Erfolge verholfen hat. Hindenburg ist der Präsident von Gnaden Moskaus. Hierüber muß im deutschen Volke Aufklärung verbreitet werden. Als Helferin Hindenburgs muß die Kommunistische Partei allerorts vor den arbeitenden Massen Deutschlands gekennzeichnet werden. Dieser neueste Verrat der Lebensinteressen der Arbeiterklasse muß zu einer gründlichen Abrechnung mit dem Kommunismus führen. Alle klassenbewußten Arbeiter müssen unter den sozialdemokratischen Fahnen die Reihen schließen."

Dieser Aufruf ist vor dem kommunistischen Angebot, gemeinschaftlich am Einzugstage Hindenburgs in Berlin einen Generalstreik zu veranstalten, veröffentlicht worden. Er deutet jedenfalls nicht darauf hin, daß die S. P. D. ohne weiteres bereit wäre, mit der K. P. D. gemeinsam eine leere, lächerliche Demonstration zu veranstalten. Warten wir jedoch ab, wie die sozialdemokratischen Parteifunktionäre auf den „offenen Brief" antworten werden.

Das umstrittene Recht der Ruhrentschädigung

Kein gesetzlicher Anspruch auf Entschädigung

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Auszahlung der Ruhrentschädigungen beschäftigte sich am Dienstag eingehend mit der Frage, ob eine rechtliche Bindung der Reichsregierung, die den Ruhrbergwerksbesitzern entstandenen Schäden abzugelten, bestehe oder nicht.

Der demokratische Abg. Dietrich (Baden) stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß durch Zeugenvernahme nur noch die Punkte zu klären seien, welche zur Beurteilung der Rechtslage notwendig wären, insbesondere die Frage, ob

der entscheidende Stresemannbrief

auf Grund einer Mitarbeit aller beteiligten Ressorts an die Ruhrbergherren abgegangen sei. Er ging dann auf die Gesichtspunkte ein, unter denen die Bergwerksbesitzer an Hand eines langen Gutachtens ihre Ansprüche erheben. Dietrich lehnte die aus dem allgemeinen Landrecht hergeleitete Begründung ab, indem er darauf hinwies, daß die maßgebenden Bestimmungen in der Einleitung des Landrechts 1831 durch eine Kabinettsorder, als der preußische Staatsbankerott vor der Tür stand, authentisch dahin interpretiert worden seien,

daß ein zivilrechtlicher Anspruch an den Staat nicht bestehe, wenn dieser in der Ausübung der Hoheitsrechte einzelnen Staatsbürgern Lasten und Aufwendungen zumute.

Wenn diese Kabinettsorder von den Gutachtern der Bergherren dadurch aus der Welt geschafft werden solle, daß man sage, im Verfassungsstaat seien solche Kabinettsorders nicht mehr zeitgemäß, so sei das ein juristischer Trugschluß erster Ordnung.

Die Kabinettsorder sei unstreitig geltendes Recht, und aus ihr ergebe sich, daß ein zivilrechtlicher Anspruch aus den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts nicht herzuleiten sei.

Ganz abgesehen von der Frage, ob das Landrecht für das Verhältnis vom Reich zu seinen Bürgern gelte. Dringend warne er davor, den Gesichtspunkt anzuerkennen, daß das Reich auf Grund einer ungerechtfertigten Bereicherung hafte. Das sei ganz abwegig. Wenn dieser Gesichtspunkt durchschlüge, dann würden die Verdrängten und Vertriebenen bezüglich ihres liquidierten Vermögens genau in der gleichen Lage wie die Ruhrbergwerksbesitzer sein; sie könnten dann in gleichem Umfange, nämlich insoweit, als der Liquidationserlös dem Reich gutgeschrieben sei, vollen Ersatz verlangen. Er wundere sich, daß die Reichsregierung diese Konsequenz übersehe. Doch sei im vorliegenden Falle die weitere Erörterung deswegen zwecklos, weil dem Reich noch gar nichts aus der Wegnahme von Kohlen gutgeschrieben sei. Es bleibe noch die Frage, ob ein Vertrag bestehe, oder nur eine politische Zusage.

Das vorgelegte Gutachten der Bergherren vermeide es, den Vertrag aus den Schriftstücken, die zwischen Stresemann und Stinnes gewechselt seien, herzuleiten. Vielmehr versuche es aus früheren Aeußerungen der Reichsregierung und aus konkludenten Handlungen das Bestehen eines Vertrages zu beweisen.

Er könne diesen Gedankengängen nicht folgen. Es wurde beschlossen, zunächst festzustellen, ob der entscheidende Stresemannbrief von diesem selbst oder von wem geschrieben sei.

Verbindlicher Schiedsspruch im Berliner Metallarbeiterkonflikt

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie, der für die Klasse I die Löhne von 50 auf 54 Pfg., für die Klasse II von 53 auf 56 Pfennige erhöht und 48 Arbeitsstunden für die Woche festsetzt, den Arbeitgebern aber gestattet wöchentlich eine Ueberstunde anzusetzen, wurde vom Schlichter für verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch war von den Arbeitgebern angenommen worden, während die Arbeitnehmer ihn in einer Urabstimmung abgelehnt hatten.

Diese Mitteilung ist beiden Parteien am Montag abend zugesandt worden und der Deutsche Metallarbeiterverband wird im Laufe des Dienstag zu dieser schwierigen Frage Stellung nehmen. Die Verbindlichkeitserklärung nötigt die Organisation der Arbeitnehmer, die Gültigkeit des Abkommens anzuerkennen. Doch dürfte es nicht ganz leicht sein, die Arbeiter nun zur Ausführung der Bestimmungen zu veranlassen.

Die Erklärung der preußischen Regierung

Beim Wiederzusammentritt des preußischen Landtages gab der preußische Ministerpräsident Braun zu Beginn der Sitzung eine Erklärung ab, in der es heißt: Am 3. April d. J. hat dieses Hohe Haus mit absoluter Mehrheit mich zum Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke dem Hohen Haus für das mir dadurch bekundete Vertrauen. Ich habe die Wahl angenommen und mein Amt angetreten. Es ist das gleiche Kabinett, das bereits mein Amtsvorgänger dem Landtage vorgestellt hat. Ich bin mir wohl bewußt, daß es keine leichte, keine angenehme Aufgabe ist, an deren Lösung ich herantrete. Mich leiten Pflichtbewußtsein und das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Geschicke des preußischen Volkes, das mich als mehrjährigen Leiter der preußischen Staatsgeschäfte erfüllt. Es war bis zum Anfang dieses Jahres unser Stolz, daß wir im Gegensatz zum Reiche und anderen Ländern Preußen vor öfteren Regierungskrisen bewahrt hatten und durch eine zuletzt 3½ Jahre währende konstante Regierung, die von einer festen Mehrheit im Parlament getragen wurde, zur Konsolidierung unseres staatlichen Lebens und zur Gesundung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft wesentlich beitragen konnten. Die Neuwahl des Landtages am 7. Dezember vorigen Jahres gab wahrlich keinen begründeten Anlaß, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen und auch über Preußen eine Periode der Regierungskrisen heraufzubeschwören. Diese Periode wurde heraufbeschworen durch die Deutsche Volkspartei, die die von ihr 3½ Jahre lang getriebene und bis zur Wahl gebilligte und gelobte Politik nach der Wahl perhorreszierte. Es ist wochenlang versucht worden, eine aktionsfähige Regierung zu bilden. Die Parteien waren zum weitestgehenden Entgegenkommen bereit. Alle diese Versuche scheiterten aber an der Sabotage, an der Zerstörungswut des deutschnational-kommunistischen Blocks. In jedem parlamentarisch regierten Land gilt es als selbstverständlich, daß die Parteien der Opposition, die eine Regierung mit Mehrheit stürzen, die Pflicht haben, eine neue Regierung zu bilden, daß sie die Verantwortung für das Zustandekommen einer solchen neuen auf ihre Mehrheit gestützten Regierung tragen. Die Parteien des deutschnational-kommunistischen Blockes haben wohl einmütig jede Regierung gestürzt, sie sind einig im Zerstören, aber sie haben bisher noch keine auf ihre Mehrheit gestützte Regierung zu bilden vermocht. Sie haben nicht einmal den Versuch dazu gemacht. Eine solche Politik aber muß, wenn sie sich längere Zeit in unserem politischen Leben auswirkt, die schwersten Schädigungen für unser Staatsleben und unsere Wirtschaft zur Folge haben. Es sind ja wohl in diesem Block der Opposition auch Kräfte vorhanden, die diese Schädigung wollen, die bewußt auf eine Katastrophe hinarbeiten, weil sie hoffen, in einem allgemeinen Chaos am ehesten ihre Parteiziele verwirklichen zu können. Von der Mehrheit der Oppositionsparteien darf ich aber wohl annehmen, daß sie bestrebt sind, positive Aufbauarbeit zum Besten unseres Landes zu leisten und daher habe ich die Hoffnung, daß sich hinreichend Kräfte zur positiven Arbeit mit der Regierung wieder zusammenfinden werden. Das Volk will nicht Worte, sondern Taten. Zur Tat bin ich und das gesamte Kabinett bereit. Ich werde die Staatsgeschäfte nach den Grundsätzen leiten, die sich in den letzten 3½ Jahren meiner Präsidentschaft bewährt haben. Die politischen Richtlinien, die der Politik der großen Koalition zugrunde lagen, werden auch weiterhin für das Kabinett wegweisend sein. Für die nächsten Aufgaben, deren Lösung drängt, mache ich mir im wesentlichen das Programm zu eigen, daß mein verehrter Amtsvorsteher am 18. Februar dieses Jahres vor dem Hohen Hause entwickelt hat. Dieses Programm ist auch das Programm der neuen Regierung, die ihre ganze Tatkraft einsetzen wird, um es zum Wohle unseres noch immer schwer ringenden Volkes zu verwirklichen. Dafür bitte ich um Ihre Billigung und Mitarbeit.

*

Braun zur Landtagsauflösung entschlossen

Wie die „Voss. Zeitung" meldet, ist der preußische Ministerpräsident Braun entschlossen, zur Landtagsauflösung zu schreiten, falls ihm am Mittwoch nächster Woche das Vertrauen des Landtags nicht ausgesprochen werden sollte. Das Blatt rechnet damit, daß die Neuwahlen am Sonntag, den 14. Juni, stattfinden werden.

SLUB
Wir führen Wissen.